

Pressezentrum

Sperrfrist:	25. Mai 2017 15.00 Uhr
Projekt:	Zentrum Mittel- und Osteuropa
Veranstaltung:	Der illiberale Geist <i>Wohin entwickeln sich die Demokratien in Ostmitteleuropa?</i>
Zeit, Ort:	Do. 15.00 – 17.00, CityCube, Ebene 1, Halle A8, Messe Berlin, Charlottenburg (594 E1)
Referent/in:	Prof. em. Ágnes Heller, Philosophin, Budapest/Ungarn

Was ist „illiberale Demokratie“ und ihre Zukunft in Europa?

Der Ausdruck „illiberale Demokratie“ stammt vom ungarischen Ministerpräsident Viktor Orbán, doch die Idee ist nicht neu. Schon vor hundert Jahren sprach der Duce über den Untergang des Liberalismus und Aufstieg des illiberalen Europa. Damals antwortete Roosevelt, dass der Duce zu früh Liberalismus vergraben hat.

Doch sah es für eine Weile so aus, als ob der Duce die Zukunft Europas besser verstand. Bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war der Liberalismus, besonders politischer Liberalismus, aus Europa wahrlich verschwunden. Alle Führer aller totalitären Parteien sahen im Liberalismus ihren größten Feind. Außerhalb der Nazis haben sie den Begriff „Demokratie“ nicht angegriffen, stattdessen sie illiberalisiert. Im Buch des Bolschewismus galt der kommunistische Staat als die wahre, wirkliche, inhaltliche Demokratie verglichen mit den liberalen Demokratien, die als unwahre, „formale Demokratien“, die ihre Feinde waren.

Nach dem Ende des Krieges war doch die liberale Demokratie auch in Europa langsam die geltende und überwiegende Staatsform geworden. Das heißt, der Rechtsstaat garantierte alle liberale Freiheiten, wie Pressenfreiheit, Meinungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Religionsfreiheit, Eigentumsrechte und etablierte in den Grundgesetzen die Pluralität der Gewalten. Es ist eben diese langsam errungene liberale Demokratie, die heute unter Druck steht, als veraltet und kosmopolitisch denunziert wird bei sogenannten Populisten und besonders durch den Aufstieg der „illiberalen Demokratien“.

Obwohl „Liberalismus Feindlichkeit“ nicht neu ist, ist ihre heutige Form doch neu. Die gesellschaftliche Struktur hat sich wesentlich verändert, und damit auch der Typ der illiberalen Demokratie.

Die Klassengesellschaft wurde wesentlich in allen europäischen Ländern durch Massengesellschaften ersetzt. Hanna Arendt hat uns schon seit mehreren Jahrzehnten auf diese sichtbare Transformation aufmerksam gemacht.

Die Demokratie als Staatsform beruht auf Mehrheitsentscheidung, und nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts ist eine Regierung durch periodische Wahlen legitimiert. In einer Klassengesellschaft ist es vorausgesetzt und auch rational, dass die Wahlpräferenz der Mitglieder besonderer Klassen durch ihre breit verstandenen Klasseninteressen bestimmt wird. Und meistens war das auch so gewesen. Doch in einer Massengesellschaft, wo es Reiche und Arme, doch keine gesellschaftlichen Klassen mit bestimmten Interessen, Ideen, Lebensformen, Kulturen gibt, gilt das alte Schema nicht mehr. Ideologien besetzten den Platz neben den Interessen – und werden sie auch bald überwiegen. Parteien, die die Mehrheit der Stimmen in den Wahlen bekommen wollen, werden immer mehr die Waffen der Ideologie mobilisieren. Demagogie, Betrug, Lügen, falsche Versprechen haben in der Politik immer eine Rolle gespielt, aber nicht die überwiegende Rolle, wie es heute in mehreren Fällen passiert.

Ideologische Waffen sind verschieden, doch beide Extreme (rechts und links) können auch dieselben Waffen benutzen. Es gibt eine Waffe, eine Ideologie, die bis zu einem Grade immer erfolgreich benutzt werden kann. Diese Ideologie heißt Nationalismus.

Seit Ende des ersten Weltkriegs sind alle europäischen Staaten (außerhalb der Schweiz) Nationalstaaten. Das heißt, dass „Nation“ als die grundlegende kollektive Identität die vorherigen kollektiven Identitäten, (wie Religion, Monarchie) ersetzte, und jetzt langsam auch die Klassenidentität ersetzt. Nationalismus, diese gemeinsame Religion aller europäischen Nationen, hat aus einigen dieser Nationen (z.B. Frankreich versus Deutschland) sogenannte „natürliche Feinde“ gemacht. Das ist die Vergangenheit. Doch alle extremen Bewegungen, welche besondere Ideologien sie sonst betreten, spielen diese Karte aus, und so legitimiert sich „Illiberalismus“ auch wesentlich mit Nationalismus.

Die Veränderung der gesellschaftlichen Struktur von Klassengesellschaft zur Massengesellschaft und die überwiegende Ideologie des völkischen Nationalismus modifizierte auch die Institutionalisierung der Liberalismus-

Feindlichkeit. Antiliberale Parteien brauchen nicht mehr (mindestens in Europa) den Staat durch Gewalt „besetzen“, um ein Einparteiensystem einzurichten. Die sogenannte „illiberale Demokratie“ passt sich den Bedingungen der Massengesellschaft an. Es ist jetzt möglich, periodisch Wahlen zu halten aufgrund des allgemeinen Wahlrechts, ein Mehrparteiensystem zu haben, und auf diesem Grund eine Diktatur, Tyrannei oder eine Autokratie einzurichten. „Illiberale Demokratie“ ist in einem Sinne demokratisch, weil – zumindest de jure, wenn auch nicht de facto – die Partei, die im Wahlkampf die meisten Stimmen bekommt, regieren wird. Was die Stimmen im Parlament betrifft, regiert die Mehrheit. Ich füge gleich dazu, dass dies nur de jure der Fall ist, das heißt nach dem Rechtssystem der dominierenden Partei. Doch de facto ist es falsch. Zum Beispiel in Ungarn hat Fidesz ein solches Wahlgesetz im Parlament verabschiedet, nach dem z.B. in den Wahlen von 2014 Fidesz mit 44% der Stimmen zwei Drittel der Sitze im Parlament besetzte, während die Opposition mit ihren 56% Stimmen ein Drittel der Sitze in demselben Parlament. Nicht so lange her bekam Erdogan die Mehrheit in dem Referendum, das ihm die Alleinherrschaft in der Türkei garantierte. Waren die Wahlen gerecht oder fair? Niemand glaubt es. Sie waren den Wahlen von 1933 in Deutschland ähnlich, wo man vor den Wahlen zirka die Hälfte der Kommunisten verhaftete, damit sie an den Wahlen nicht teilnehmen konnten. Erdogan hat dasselbe getan, doch brauchte er keine formale Diktatur einzurichten. Er kann versichern, dass er immer die Mehrheit der Stimmen bekommen wird.

„Illiberale Demokratie“, heißt liberale Freiheitsrechte verdrängen, oder auch ganz annullieren durch eine formale Legitimation der Mehrheit. Ungarn, Polen, Russland und die Türkei sind alle „illiberale Demokratien“. Die Staatsform ist dieselbe, doch die Regierungen sind verschieden. Die Verschiedenheit der Regierungen kann verschiedene Gründe haben. Ungarn ist z.B. Mitglied der EU und die regierende Partei, Fidesz, zieht bis zum heutigen Tag materiell das meiste von dieser Mitgliedschaft, obwohl sie die Normen der EU mit Füßen tritt.

Um zu wiederholen: „Illiberale Demokratie“ ist eine Staatsform, wo eine von einem „Führer“ geleitete Partei durch Mehrheit der Wahlstimmen zur Macht kommt. Doch gibt es verschiedene Regierungsformen innerhalb dieser Staatsform, das heißt, nicht alle „illiberale Demokratien“ sind einander ganz gleich. Ihr Charakter hängt von verschiedenen Faktoren ab: z.B. Tradition, Gelegenheit, Grenzen, Umgebung usw. Russland unter Putin, Türkei unter Erdogan, Ungarn unter Orbán sind alle illiberale Demokratien, und doch in vielen Faktoren verschieden. Die Größe des Staates, die Zahl der Bevölkerung macht schon einen Unterschied. Ungarn ist Mitglied der EU, so sind Orbáns politische Möglichkeiten stärker begrenzt als die der Türkei. Im Gegensatz zu der Türkei und auch Russland sind politische Massenverhaftungen hier (bis zum heutigen Tag) ausgeschlossen. Ungarn ist ein kleines Land, Polen ein großes Land, so sind Orbáns Aktionen stärker beschränkt als die von Kaczynski.

Die Genesis der illiberalen Demokratien ist auch verschieden und so sind auch die Charaktere der „Führer“. Ich spreche in allen Fällen über einen einzigen Führer, denn alles, was im Land passiert oder nicht passiert, hängt allein von ihm ab. Doch es gibt Führer, die man Diktatoren und andere, die man eher Tyrannen nennen kann. Das hängt davon ab, ob der Führer aufgrund einer Ideologie oder aufgrund einer pragmatischen Machtmaximierung handelt.

Natürlich haben alle illiberale Demokratien eine gemeinsame Ideologie: völkischer Nationalismus. Diktatoren stützten ihre Herrschaft aber auch an eine andere, besondere Ideologie. Sie sind entweder rechtradikal oder linksradikal. Das heißt, sie begründen ihre Ideologie auf soziale Demagogie, auf Rassismus, auf alle Arten von religiösem Fundamentalismus. Sie benutzen diese Ideologien nicht als pragmatische Waffen, doch haben sie eine Überzeugung, die das Wesen ihrer Politik charakterisiert. Tyrannen haben keine Überzeugung. Ihr einziges Ziel ist die Maximierung ihrer politischen Macht und damit ihr materieller Reichtum.

Jetzt komme ich zum Beispiel Ungarn. Meiner Meinung nach ist der „Führer“ von Ungarn, Viktor Orbán, kein Diktator, aber ein Tyrann. Er hat überhaupt keine Überzeugung, keine Ideologie. Auch den völkischen Nationalismus benutzte er am Anfang nur als eine gute Waffe für die Machtergreifung, wenn er auch später anfang, daran zu glauben. Zu Beginn war er ein liberaler Präsident von FIDESZ, einer liberalen Partei. Doch als er merkte, dass er auf der liberalen Seite keine Möglichkeit zur Machtergreifung hat, bewegte er sich, mitsamt seiner Partei, zur Mitte, nannte sich „bürgerlich“, organisierte „bürgerliche Gruppen“. Als er vor neun Jahren zur absoluten politischen Macht kam, löste er die „bürgerlichen Gruppen“ auf und deklarierte die Politik des „zentralen Kraftfelds“. Wer alt genug ist, erinnert sich vielleicht an den „demokratischen Zentralismus“ der Leninistischen Parteien. Die Konzeption (keine Ideologie) des zentralen Kraftfelds charakterisierte Orbáns Politik in den letzten sieben Jahren. Alles kontrollieren, alle Medien, alle Institutionen, alle Organisationen. Deswegen will er CEU, die letzte noch autonome Universität in Ungarn, schließen und die zivilen Organisationen aus dem Land jagen. Niemand soll ihn kontrollieren, er soll alles kontrollieren. Die Mittelschulen, die Schulbücher, die Universitäten (die schon vor dem CEU Skandal ihre Autonomie verloren hatten), die Theater, die „Köpfe“. Das letztere gelingt ihm nicht, weil eben die meisten und besten „Köpfe“ etwas Rationalismus bewahrt haben, und weil sie sich als Europäer bekennen

Zu diesem „alles“, das Orbán kontrollieren will, gehört auch der Reichtum des Landes. Ob er jetzt de facto der reichste Mann in Ungarn ist, ist meines Erachtens nicht das wichtigste. Das wichtigste ist eher, dass die zentrale Bank in der Hand seines Buddys ist, der macht und entscheidet, was er eben (mit Orbáns Einverständnis) will.

Orbán schuf auch seine eigene Oligarchie, eine Oligarchie, die ganz und gar von ihm, von seinem Willen und seinen Entscheidungen abhängt. Diese Oligarchie kontrolliert mehr und mehr Erde und Boden, Industrie und Handel, alles, was Orbán nur greifen kann. Ungarn ist kein Rechtsstaat mehr. Niemand weiß, wer das nächste Opfer seiner Wirtschaftspolitik sein wird.

Obwohl Orbán sich zu keiner Ideologie außerhalb des völkischen Nationalismus bekennt, bewegt er sich immer in Richtung extrem-Rechte. Völkischen Nationalismus betreibt er in einer immer extremeren Weise. Hass gegen Flüchtlinge (die er mit Terroristen identifiziert), in der Rolle des Verteidigers des Vaterlandes im Krieg gegen Migranten und „Brüssel“ auftreten (Brüssel erkennt nicht seine Größe an) sind heutzutage seine politische Waffen. Orbán wählt auch immer einen konkreten Gegenstand für seine Hetzkampagne. Jetzt eben gilt György Soros als der Hautfeind. Nach Orbáns Hirngespinnst organisiert Soros die Volkswanderung gegen Europa, er will besonders Ungarn zugrunde richten, er steht im Hintergrund aller Demonstrationen, alle kritischen Artikel hat er diktiert (das hat Orbán schon von Erdogan gelernt). Doch ist es nicht zufällig, dass der amerikanische Millionär Soros ein ungarischer Jude ist. Orbán (der privat kein Antisemit ist) mobilisiert jetzt eben einen „zimmer reinen“ Antisemitismus, was alle verstehen. Jobbik, eine Partei die für eine lange Zeit als die extreme Rechte Partei in Ungarn galt, steht jetzt in der Mitte, verglichen mit Orbáns Fidesz. Orbán, der sich vor acht Jahren noch als „Konservativer“ bezeichnete, hat heute mit Konservativismus überhaupt nichts zu tun. Er fängt an, seine Grenzen nicht mehr sehen.

Die ungarische Variante der „illiberalen Demokratie“ gilt als eine „case study“. Andere werden sicher auch andere Fälle diskutieren. Was für die politische Theorie und Gesellschaftstheorie heute wichtig ist, ist die Entwicklung, die Alternativen der Politik in einer Massengesellschaft zu analysieren. Dazu kann man auch die neuesten Entscheidungen in Betracht ziehen.

Vor einem Jahr waren die Prognosen für Europa eher pessimistisch gewesen. Man sprach über den Aufstieg des „Populismus“, über die Gefahr der Wiederholung der Geschichte des 20. Jahrhunderts, nach dem Brexit auch über die Auflösung der EU. Nach dem Wahlsieg von Trump fürchtete man eine europäische Nachahmung des amerikanischen Modells, obwohl eine „illiberale Demokratie“ in den USA, wie wir alle wissen, in der Gegenwart und in der vorhersehbaren Zukunft unmöglich ist.

Was viele hofften, doch nicht viele glaubten, passierte doch. Zuerst in Österreich, dann in Holland, am Ende in Frankreich hatten die anti-populistischen Kräfte gesiegt. Die Einheit von Europa siegte gegen den völkischen Nationalismus. Doch nicht nur gegen ihn. Auch gegen alte politische Instinkte, Stellungnahmen.

Ich möchte zum Anfang meines Beitrages zurückkehren. Die Massengesellschaft kann mit der alten Kategorie der Klassengesellschaft nichts mehr anfangen. Deswegen bedienen sich beide Extremen (links und rechts) mit völkischem Nationalismus und sozialer Demagogie – obwohl in den „klassischen“ Zeiten die Linke nie völkisch/nationalistisch gewesen war, und die Rechte eher den Konservativismus als die soziale Demagogie vertritt. Es scheint sich eine ganz andere Konfliktzone zu bilden. Auf der einer Seite alle liberalen, konservativen und auch sozialen Kräfte, auf der anderen Seite die zwei Extremen. Auf der einen Seite eine Art Rationalismus, Überzeugung, die Interessen aller Staatsbürger, des Landes und Europa, auf der anderen Seite zwei Varianten der sozialen Demagogie, des völkischen Nationalismus usw. Das heißt, die „Mitte“, wie Aristoteles es sagte, ist die beste. Das ist der Fall in beinahe allen kontinentalen europäischen Staaten. Besonders in Deutschland und jetzt in Frankreich.

Doch, möchte ich gleich hinzufügen, die Mitte braucht die Extremen. Ohne sie gibt es keine Mitte. Ohne unerfüllbare Wünsche gibt es keine erfüllbaren Wünsche, ohne Leidenschaften bleibt von der Rationalität nur die Kalkulation. Ohne die Extremen wird die Mitte nur in einer der Quantitäten zählen: „wie viel wir haben“, und wird die andere Quantität – „wie viel wir sind“ – vergessen. Das können sie einbüßen.

Wir leben in einer Zeit des Wartens.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz. <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>